

GYMNASIUM

Gut  
erklärt!  
LERN-  
VIDEOS



ABITUR-WISSEN

Prüfungswissen Geschichte



**STARK**

## Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1989/90



Berlin 2005: In der Gaststätte „KanzlerEck“ wird Angela Merkel als erste Bundeskanzlerin in die Porträtgalerie ihrer Amtsvorgänger aufgenommen. Während der deutschen Teilung 1949–1989/90 wurde die Bundesrepublik von sechs Bundeskanzlern, ihrem jeweiligen Regierungsstil und ihrer politischen Agenda geprägt: Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Das Spektrum der innen- und außenpolitischen Herausforderungen, denen sie sich zu stellen hatten, war groß: der politische, wirtschaftliche und moralische Wiederaufbau eines zerstörten Landes, gesellschaftliche Umbrüche, ökonomische Krisen und die besonderen Erfordernisse des Kalten Kriegs und der Teilung Deutschlands in Ost und West.

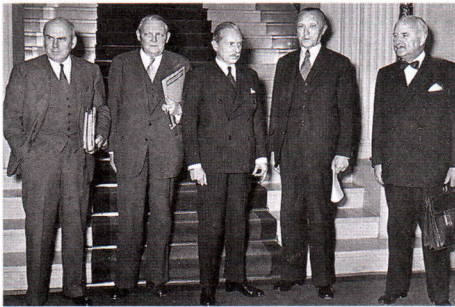
# 1 Westintegration und „Wirtschaftswunder“ 1949–1969

## 1.1 (Verfassungs-)Rechtliche Voraussetzungen

Mit der **Gründung der Bundesrepublik Deutschland** setzte 1949 eine Übergangsphase „fremdbestimmte[r] Nationalstaatlichkeit“<sup>1</sup> ein, in der Westdeutschland bis 1955 die (fast) vollständige Souveränität erhielt. Zuerst stand man noch unter dem **Besatzungsstatut** vom 21. September

1949, das alliierte Hoheitsrechte (v. a. im Bereich der Außenpolitik) und den Zustimmungsvorbehalt der Alliierten Hohen Kommissare enthielt, u. a. für alle Gesetze, die von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurden. Auch war anfangs über ein Drittel des Haushalts für Besatzungskosten auszugeben. Verfassungsrechtliche Grundlage der Bundesrepublik ist bis heute das **Grundgesetz**, das wegen der Teilung Deutschlands als **Provisorium** gedacht war. Es baut auf vier Strukturprinzipien auf, die in Artikel 20 formuliert sind: Die Bundesrepublik ist eine repräsentative, parlamentarische **Demokratie** sowie ein **Sozial-, Bundes- und Rechtsstaat**. Der Föderalismus setzt eine sehr lange Tradition in der deutschen Verfassungsgeschichte fort, während die Betonung und der besondere Schutz von Demokratie

und Rechtsstaatlichkeit eine **Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik** waren, die sich als wehrlos gegenüber ihren Feinden von rechts und links erwiesen hatte. Der Sozialstaat war eine Forderung, die noch mit Inhalt gefüllt werden musste, aber bereits in der deutschen Geschichte angelegt war: Sie geht auf Bismarcks Sozialversicherungen der 1880er-Jahre und die Arbeitslosenversicherung von 1927 zurück.



Die **Alliierte Hohe Kommission** vertrat die Kontrollrechte der westlichen Siegermächte, die zunächst noch über die oberste Staatsgewalt verfügten. Wichtigster Kommissar war der Repräsentant der USA, von 1949–1952 John McCloy (links), der mit Bundeskanzler Adenauer (2. von rechts) zum Architekten der Westintegration der Bundesrepublik wurde.

→ **Sozialversicherungen**  
(Bismarck, Weimar)  
vgl. S. 101, 161

ZITAT

### Artikel 20 des Grundgesetzes, erlassen am 23. Mai 1949<sup>2</sup>

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer** und **sozialer Bundesstaat**.
- (2) Alle **Staatsgewalt** geht vom **Volke** aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die **verfassungsmäßige Ordnung**, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an **Gesetz und Recht** gebunden.

Zudem wollte man bewusst eine „wehrhafte Demokratie“ schaffen, so durch die Unabhängigkeit der Justiz, das Normenkontrollrecht des Bundesverfassungsgerichts und die „Ewigkeitsklausel“ in Art. 79 (3) zum besonderen Schutz der Demokratie: Der **Verfassungskern** aus Menschenwürde (Art. 1) und staatlichen Strukturprinzipien (Art. 20) darf in seinem Wesen nicht angetastet werden; implizit ist der grundsätzliche Schutz der Grundrechte in Art. 2–19 enthalten. Mit dem weitgehenden Verzicht auf plebiszitäre Elemente auf Bundesebene, der Einführung des konstruktiven Misstrauensvotums und hohen demokratischen Anforderungen an die Parteien (u. a. Möglichkeit, verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten) trug man dem Misstrauen gegenüber einem Volk Rechnung, das nach der verheerenden NS-Diktatur seine Demokratietauglichkeit erst unter Beweis stellen musste. Auch lernte man aus dem Ende von Weimar, indem man das Parlament stärkte und die Position des Bundespräsidenten weniger mächtig ausgestaltete, als dies beim Weimarer Reichspräsidenten der Fall gewesen war. 1953 wurde die Fünf-Prozent-Hürde als Sperrklausel eingeführt, um im Bundestag eine Parteienzersplitterung wie im Weimarer Reichstag zu verhindern.

Die Bundesrepublik verstand sich als **Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs** in den Grenzen von 1937, also vor den Erweiterungen und Eroberungen der Nationalsozialisten. Allerdings umfasste sie nicht das gesamte damalige Territorium, da mit der DDR sowie den unter polnischer bzw. sowjetischer Herrschaft stehenden Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie große Teile fehlten; die Bundesrepublik war in dieser Hinsicht also nur „teilidentisch“ mit dem Deutschen Reich. Als Rechtsnachfolgerin des Reichs übernahm die Bundesrepublik die Verantwortung für die deutschen **Staatsschulden**, die im Londoner Schuldenabkommen 1953 auf rund 15 Milliarden DM festgesetzt wurden. Auch leistete Westdeutschland – bzw. ab 1990 die wiedervereinte Bundesrepublik – nach und nach „**Wiedergutmachungen**“ für Opfer des NS-Regimes, was zwar die grausamen Verbrechen der Nationalsozialisten nicht ungeschehen machen konnte, aber viele Betroffene zumindest materiell entschädigte und/oder rechtlich rehabilitierte.

## 1.2 Adenauers Kurs der Westintegration

Bestimmende Figur der Anfangsphase der Bundesrepublik war **Konrad Adenauer** (CDU), der Gewinner der ersten Bundestagswahl und erste Bundeskanzler, der sich in seiner Partei mit seiner Position durchgesetzt hatte. In der Außenpolitik verfolgte er eine **strikte Westorientierung**

**konstruktives Misstrauensvotum:** Abwahl einer Regierung nur möglich, wenn gleichzeitig eine neue gewählt wird (Gegenteil: destruktives Misstrauensvotum, vgl. S. 160)

**Verbot verfassungsfeindlicher Parteien:**

- 1952: Sozialistische Reichspartei (SRP, vgl. S. 259)
- 1956: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

**Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik (Beispiele):**

- 1952: Luxemburger Abkommen mit Israel und der Jewish Claims Conference
- 1956/65: Bundesentschädigungsgesetz
- 1959–1964: Abkommen mit westeuropäischen Staaten
- ab 1990: Entschädigungen für Zwangsarbeiter, Abkommen mit osteuropäischen Staaten

→ **Konrad Adenauer** (Biografie) vgl. S. 248

der jungen Republik, die **Vorrang vor einer deutschen Wiedervereinigung** haben sollte. Vor dem Hintergrund des **Kalten Kriegs** sollten die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, die enge Kooperation mit der westlichen Vormacht **USA** und eine **Aussöhnung mit Frankreich** den politischen und ökonomischen Aufstieg Westdeutschlands und die Wiedergewinnung von Souveränität ermöglichen. Dies war aus Adenauers Sicht wichtig, da man nur aus einer Position der Stärke heraus in der Lage sein würde, eine Revision der Nachkriegsgrenzen und ein Ende der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa und v. a. die DDR zu erwirken. Die große **Anziehungskraft** des Westens sollte also wieder zur **nationalen Einheit Deutschlands** führen. Diese Vorstellung wurde unter dem Begriff „**Magnettheorie**“ bekannt, der aus der Nachkriegszeit stammt und auf Kurt Schumacher (SPD) zurückgeht. Dieser räumte der Wiedervereinigung aber eine höhere Priorität ein und wäre bei entsprechenden Angeboten des Ostens wohl verhandlungsbereiter gewesen. Letztlich entschied Adenauers knapper Wahlsieg 1949 über den Vorrang der Westintegration vor der Einheit.

Wollte die junge Republik „erwachsen“ werden und weitgehende Souveränität erlangen, gleichzeitig aber ihren Nachbarn die Furcht vor einer erneuten Übermacht der Deutschen nehmen, musste sie die Kooperation mit der westlichen Staatenwelt stärken und in politischen, wirtschaftlichen und militärischen Organisationen Verantwortung übernehmen. In diesem Sinne setzte sich Adenauer insbesondere für den **europäischen Integrationsprozess** ein, der 1951 mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („Montanunion“) begann. Die EGKS nahm im Kern die EWG, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, vorweg, die 1957 mit der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet wurde. Dabei traten die Bundesrepublik und Frankreich als „**Motor Europas**“ auf, in dem

Bewusstsein, dass ein dauerhafter Frieden in Europa nur dann möglich sein würde, wenn sie ihre frühere „Erbfeindschaft“ durch Aussöhnung und Kooperation ersetzen würden.

Als 1950 das kommunistische Nordkorea das westlich orientierte Südkorea überfiel und der **Koreakrieg** ausbrach, begann eine rege Debatte über die Frage, ob Westdeutschland wiederbewaffnet werden und einen eigenen Verteidigungsbeitrag leisten sollte.

→ **Die europäische Integration** vgl. S. 301 ff.



Diese Briefmarke der Deutschen Bundespost erinnerte 1988 an den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag („Élysée-Vertrag“): 1963 hatten Konrad Adenauer und Charles de Gaulle die weitreichende Kooperation ihrer Länder vereinbart. Gemeinsame Projekte wie Städtepartnerschaften und Schüleraustausche sollten den Kontakt der Bevölkerung intensivieren und dazu beitragen, gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Obwohl ein großer Teil der westdeutschen Bevölkerung dagegen war, leitete Adenauer ab 1950 die **Wiederbewaffnung** ein, da er durch die Einbindung Westdeutschlands in eine westeuropäische Verteidigungsstrategie eine Position der Stärke erreichen und die Bundesrepublik von einem Objekt zu einem **Subjekt der internationalen Politik** machen wollte. Allerdings scheiterte der Plan des französischen Ministerpräsidenten René Pleven, eine **Europäische Verteidigungsgemeinschaft** (EVG) zu gründen, 1954 in der französischen Nationalversammlung, wo es starke Einwände u. a. gegen die militärische Aufwertung der Bundesrepublik gab. Stattdessen kam es 1954/55 zu den **Pariser Verträgen**, die nicht nur den **Beitritt der Bundesrepublik zur NATO** und zur Westeuropäischen Union (WEU) festlegten, sondern auch das Besatzungsstatut von 1949 aufhoben und Westdeutschland die fast vollständige **Souveränität in der Innen- und Außenpolitik** brachten. Die Alliierten besaßen allerdings noch gewisse **Vorbehaltsrechte**, insbesondere in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, was die Frage einer deutschen Wiedervereinigung und den Abschluss eines den Zweiten Weltkrieg endgültig abschließenden Friedensvertrags beinhaltete. Im Gegenzug brachte die Bundesrepublik ihre neu gegründeten Streitkräfte, die **Bundeswehr**, in die NATO ein.

#### Westeuropäische Union:

militärisches Bündnis, das 1954 den Brüsseler Pakt von 1948 ablöste und bis 2011 Bestand hatte

#### info

##### Der Koreakrieg (1950–1953)

1945 wurde das japanisch regierte Korea von den USA (Süden) und der UdSSR (Norden) besetzt (38. Breitengrad als Demarkationslinie). Eine Vereinigung scheiterte; 1948 wurden, wie 1949 in Deutschland, zwei getrennte Staaten gegründet, die fortan dem Westen bzw. dem Ostblock nahestanden. Im Juni 1950 überfiel das kommunistische Nordkorea das westlich orientierte Südkorea.

Der Koreakrieg war der erste große Konflikt des Kalten Kriegs, in den von den UN beauftragte Streitkräfte unter Führung der USA auf der einen, chinesische „Freiwilligenverbände“ auf der anderen Seite eingriffen; die Sowjetunion unterstützte Nordkorea indirekt. 1953 bestätigte ein Waffenstillstand weitgehend die bisherige, bis heute existierende Grenze. Nicht nur, aber besonders in der Bundesrepublik löste der Koreakrieg große Angst vor einem Überfall durch den nahen Ostblock und einem weiteren Weltkrieg aus.

1952 versuchte der sowjetische Diktator Stalin, die militärische Integration der Bundesrepublik noch zu verhindern, indem er den übrigen Siegermächten die Schaffung eines neutralen gesamtdeutschen Staats vorschlug („**Stalin-Note**“). Dieses Angebot wurde aber sowohl von der Regierung Adenauer als auch von den Westalliierten als „Ablenkungsmanöver“ zurückgewiesen und nicht weiter diskutiert.



**Josef Stalin** (1878–1953): ab 1922 Generalsekretär der KPdSU, ab 1927 Diktator der Sowjetunion

„**Hallstein-Doktrin**“: nach Walter Hallstein (Staatssekretär im Auswärtigen Amt) benannte Doktrin, die auf die Nichtanerkennung der DDR und deren Isolierung abzielte und u. a. zum Abbruch der westdeutschen Beziehungen zu Jugoslawien (1957) und Kuba (1963) führte

→ **Berlin-Blockade**, „**Luftbrücke**“ vgl. S. 247

**Mythos**: Erzählung, die z. B. eine Person, Sache oder Entwicklung in den Mittelpunkt rückt und ggf. noch verklärt/überhöht, um in einer Gemeinschaft (z. B. Nation) Sinn und Identität zu stiften

Hatte sich die Bundesrepublik schon bei ihrer Gründung als einzig rechtmäßige Vertretung der Deutschen gesehen, so wurde dieser **Alleinvertretungsanspruch** 1955 durch die „**Hallstein-Doktrin**“ festgeschrieben: Nun betrachtete man es als „unfreundlichen Akt“, wenn andere Länder mit der DDR außenpolitische Beziehungen aufnahmen und auf diese Weise die Existenz Ostdeutschlands anerkannten. Hiervon ausgenommen war notwendigerweise die Sowjetunion als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, was zeigt, dass diese Position auf Dauer nur schwer durchzuhalten war. Kurz vor der Verkündung der Doktrin hatte Bonn im Rahmen von **Adenauers Staatsbesuch in Moskau** (September 1955) diplomatische Beziehungen mit der UdSSR aufgenommen und erreicht, dass die letzten 10 000 deutschen Kriegsgefangenen aus russischen Lagern nach Hause zurückkehren konnten.

Der Kontakt zu allen vier Siegermächten war nicht zuletzt aufgrund der **Berlin-Frage** nötig, die im Verlauf des Kalten Kriegs immer wieder in den Fokus der Weltöffentlichkeit rückte. Während der Ostteil die Hauptstadt der DDR war, hatte Westberlin einen Sonderstatus inne: Es stand unter der Kontrolle der drei Westmächte, die auf der Aufrechterhaltung von Transitwegen durch das Gebiet der DDR bestanden, und unterhielt gleichzeitig besondere Beziehungen zur Bundesrepublik. 1958, zehn Jahre nach der Berlin-Blockade und der „Luftbrücke“, unternahm die UdSSR noch einen erfolglosen Versuch, durch das „**Berlin-Ultimatum**“ den Abzug der Westmächte zu erzwingen (**Zweite Berlin-Krise**).

In territorialer Hinsicht gab es schließlich eine weitere offene Frage, die aber in der „Ära Adenauer“ gelöst werden konnte: die Zugehörigkeit des unter französischer Verwaltung stehenden **Saarlandes**. 1955 entschied sich die dortige Bevölkerung in einer Volksabstimmung für den Beitritt zur Bundesrepublik, der 1957 vollzogen wurde.

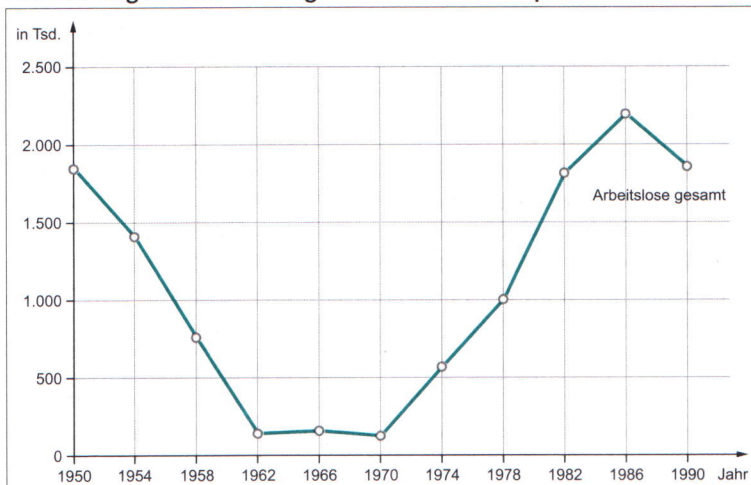
### 1.3 „Wirtschaftswunder“ und Soziale Marktwirtschaft

Eine entscheidende Rolle für die Identifikation der Bevölkerung mit dem neuen Staat und die Akzeptanz des demokratischen Systems spielten die großen wirtschaftlichen Erfolge der frühen Bundesrepublik; das **westdeutsche „Wirtschaftswunder“** zählt zu deren Gründungsmythen. Dieses „Wunder“ lässt sich allerdings durch eine Reihe von Faktoren erklären: Trotz großer Zerstörungen (v. a. Wohngebäude und Infrastruktur) waren nach Kriegsende immer noch Kapital sowie menschliches Know-how vorhanden, das durch die zahlreichen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den früheren deutschen Ostgebieten bzw. der SBZ/DDR

verstärkt wurde. Ab 1947/48 lieferte der **Marshallplan**, dessen Mittel über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) auch in die Westzonen bzw. die Bundesrepublik flossen, eine wichtige Anschubhilfe. Der rasche wirtschaftliche Aufschwung in Westeuropa und Nordamerika sandte ebenfalls wertvolle Impulse. 1948 brachte die **Währungsreform** die Einführung der Deutschen Mark, die sich in der Folge zu einer stabilen, gefragten Währung entwickeln sollte. Als besonders erfolgreich stellte sich die **Soziale Marktwirtschaft** heraus, die auf dem Zusammenspiel freier Konsumenten und Produzenten im Rahmen einer geregelten Wettbewerbsordnung beruht. 1957 wurde eine unabhängig von der Regierung agierende Zentralbank, die **Bundesbank**, gegründet, die u. a. die Stabilität der Währung überwachen sollte. Anfang der 1950er-Jahre sorgte der Koreakrieg für westdeutsche Exporterfolge („**Korea-Boom**“) und die dringend für den Handel auf dem Weltmarkt benötigten Devisen. Um 1960 herrschte quasi Vollbeschäftigung und es wurden sogar Arbeitskräfte („Gastarbeiter“) aus Südeuropa angeworben, um die Nachfrage gerade in bestimmten Bereichen (z. B. Bergbau, Automobilindustrie) zu befriedigen. Der Slogan von Bundeswirtschaftsminister **Ludwig Erhard** – „**Wohlstand für alle**“ – bewahrheitete sich immerhin für einen großen Teil der Bevölkerung, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

→ **Marshallplan, Währungsreform, Soziale Marktwirtschaft**  
vgl. S. 245 f.

### Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 1950–1990





„Keine Experimente“ und „Wohlstand für alle“: Im Wahlkampf 1957 warb die CDU mit ihren „Zugpferden“ und ihrer bisherigen Außen- und Wirtschaftspolitik – mit Erfolg.



Konrad Adenauer war rund **14 Jahre Bundeskanzler** und somit länger im Amt als alle Reichskanzler der Weimarer Republik zusammen. Übertroffen wurde er später nur von Helmut Kohl und Angela Merkel.

Auf Basis des wirtschaftlichen Erfolges wurde 1952 der geplante **Las-tenausgleich** durchgeführt, durch den die Verluste von Vertriebenen, Flüchtlingen und anderen Kriegsgeschädigten zumindest teilweise durch das Vermögen der Sachwertbesitzer ausgeglichen werden sollten. Die Einführung der „**dynamischen Rente**“ koppelte 1957 die Zahlungen für die Rentner an die Entwicklung des allgemeinen Wohlstands und sorgte dafür, dass der „Generationenvertrag“ funktionieren konnte.

In diesem Kontext stellten die Bundestagswahlen von 1953 und 1957 quasi Plebiszite für das parlamentarisch-demokratische System der Bundesrepublik und für die Soziale Marktwirtschaft dar. Sie brachten der CDU/CSU gewaltige Wahlerfolge und 1957 sogar die absolute Mehrheit ein. Daraufhin stellte sich auch die **SPD** in ihrem **Godesberger Programm** (1959) auf den Boden der Marktwirtschaft.

#### 1.4 Zwischenfazit: Charakter und Ende der „Ära Adenauer“

Trotz dieser von weiten Teilen der Bevölkerung **als positiv erachteten Entwicklungen** zeigten sich im Laufe der Jahre auch die **Grenzen der „Ära Adenauer“** auf: Vom Ziel der deutschen Einheit war man weit entfernt, zudem hatte man noch keine befriedigenden Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten geschaffen. Auch passte Adenauers dominanter bis autoritärer Führungsstil („**Kanzlerdemokratie**“) immer weniger zu einer modernen Demokratie, die sich vermehrt einer kritischen Bevölkerung und Medienlandschaft stellen musste. Letzteres zeigte sich insbesondere im Umgang mit der „**SPIEGEL-Affäre**“ im Herbst 1962: Ein Artikel des Magazins über die vermeintlich mangelhafte Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr führte zur Verhaftung von Journalisten, was in der Öffentlichkeit als Angriff auf die Pressefreiheit kritisiert wurde; Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) musste zurücktreten. Adenauer selbst verlor endgültig die Unterstützung der FDP, die er seit der Bundestagswahl von 1961 benötigte: Im Oktober 1963 machte er für Bundeswirtschaftsminister **Ludwig Erhard** im Kanzleramt Platz.

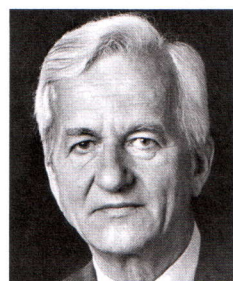
Als größte Erfolge in Adenauers langer Regierungszeit können der politisch-wirtschaftliche Aufbau der Bundesrepublik (weitgehende Souveränität, „Wirtschaftswunder“), die Anfänge der europäischen Einigung und die Aussöhnung mit Frankreich, die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und die Integration von ca. 10 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus den früheren deutschen Ostgebieten gewertet werden. Der enorme wirtschaftliche Aufschwung ermöglichte steigenden Wohlstand und ließ bis in die 1960er-Jahre eine regelrechte

Konsum- und Freizeitgesellschaft entstehen, was die Akzeptanz des neuen parlamentarisch-demokratischen Systems förderte. Für das **kollektive Bewusstsein** war auch der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1954 von kaum zu überschätzender Bedeutung. Während der wirtschaftliche Aufschwung und Ereignisse wie das „Wunder von Bern“ das **Selbstwertgefühl der Westdeutschen** wieder stärkten, wurde die **NS-Zeit** weitgehend **verdrängt und nicht aufgearbeitet**: Die meisten Bürgerinnen und Bürger wollten sich nicht länger mit ihrer Vergangenheit beschäftigen, sondern nach vorne in die Zukunft blicken.

## info

### Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik

Nach den Nürnberger Prozessen und den alliierten Entnazifizierungs-Maßnahmen der Nachkriegszeit herrschte in der bundesdeutschen Bevölkerung eine verbreitete Schlussstrich-Mentalität. In der „Ära Adenauer“ wurde die Entnazifizierung beendet; ehemalige Nationalsozialisten wurden wieder in Staat, Verwaltung, Justiz, Militär, Wissenschaft und Wirtschaft eingesetzt, um ihr Expertenwissen zu nutzen und ihre Loyalität für den neuen Staat zu sichern. Zwar wurde 1958 in Ludwigsburg eine „Zentrale Stelle zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen“ eingerichtet, aber erst mit dem Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961) und den Auschwitz-Prozessen in Frankfurt/Main (ab 1963) erreichten die NS-Diktatur und ihre Verbrechen eine größere Öffentlichkeit. Schließlich waren es die „68er“, die vehement die überfällige Aufarbeitung des „Dritten Reichs“ und der Verantwortung der Elterngeneration forderten. In den 1980er-Jahren machte die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit einen weiteren Schritt vorwärts: Öffentliche Debatten wie der Historikerstreit 1986/87 oder berühmte Reden wie Bundespräsident Richard von Weizsäckers Ansprache am 8. Mai 1985 (40 Jahre Kriegsende) rückten die NS-Diktatur in den Fokus. Heute finden Aufarbeitung und Erinnerung auf vielfältige Weise statt, so durch Forschung an Universitäten und Instituten, in Museen und Ausstellungen, an Erinnerungsorten, bei Gedenkveranstaltungen. Auf parteipolitischer Ebene gab es in der Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung zwar verschiedene Parteien, die nationalsozialistischem Gedankengut in verschiedenem Ausmaß nahestanden; diese spielten im politischen Alltag aber nur eine geringe Rolle: Die Sozialistische Reichspartei (SRP) wurde schon 1952 verboten, die (bis heute existierende) Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konnte zwar in verschiedene Landesparlamente, nicht jedoch in den Bundestag einziehen.



**Richard von Weizsäcker**  
(1920–2015): 1984–1994  
sechster Bundespräsident  
der Bundesrepublik

In seiner **Rede vom 8. Mai 1985** betonte er die Verantwortung des deutschen Volks für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: „Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hineingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“<sup>3</sup>

## 1.5 Regierung Erhard und Große Koalition 1963–1969

Der mit vielen Vorschusslorbeeren als „**Vater des Wirtschaftswunders**“ 1963 ins Amt gewählte Erhard erwies sich in seiner kurzen Kanzlerschaft insgesamt als eher unglückliche Figur. Hinzu kam, dass sich die weltpolitische Lage veränderte: Nachdem die **Kubakrise** die Welt 1962 an den Abgrund eines neuen Kriegs getrieben hatte, suchte die US-amerikanische Außenpolitik nach einem neuen Umgang mit der UdSSR.

### info

#### Die Kubakrise 1962

Im Oktober 1962 drohte der Kalte Krieg zu einer „heißen“ Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion zu werden. Nachdem die Vereinigten Staaten entdeckt hatten, dass die UdSSR Mittelstreckenraketen auf Kuba stationierte und somit das amerikanische Festland direkt bedrohte, verhängte die US-Regierung unter John F. Kennedy eine Seeblockade („Quarantäne“) über die Insel. Die Lage war äußerst angespannt, die Furcht vor einer atomaren Eskalation zwischen den beiden Supermächten groß. Die Krise konnte schließlich durch einen Kompromiss beendet werden: Der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow sagte zu, die Atomraketen aus Kuba abziehen; Gleiches versprach Kennedy – allerdings nicht öffentlich – für US-amerikanische Raketen, die in der Türkei stationiert waren. Um eine weitere Konfrontation wie die Kubakrise zu vermeiden, richteten die USA und die Sowjetunion 1963 eine direkte Fernsprechverbindung zwischen Weißem Haus und Kreml ein („Heißer Draht“) und verfolgten anschließend eine Entspannungspolitik.

**Kreml:** derjenige Teil der Stadt Moskau, in dem die Regierung der Sowjetunion bzw. der heutigen Russischen Föderation ihren Sitz hatte/hat → Synonym für die sowjetische bzw. russische Regierung

→ „**Dritte Welt**“  
vgl. S. 130



**Egon Bahr** (1922–2015):  
SPD-Politiker und enger  
Mitarbeiter Willy Brandts

Die Kubakrise machte deutlich: Das **atomare „Gleichgewicht des Schreckens“** erforderte eine Politik der Entspannung und Koexistenz zwischen den beiden Supermächten, um eine folgenreiche Eskalation zu vermeiden. In diesem Kontext geriet die westdeutsche Außenpolitik mit ihrem starren Festhalten an der „Hallstein-Doktrin“ zunehmend in eine Sackgasse: Immer mehr Staaten der „Dritten Welt“ erkannten die DDR an und es zeichnete sich ab, dass es auf Dauer unmöglich sein würde, eine Ostpolitik unter völliger Umgehung der DDR zu gestalten. Die Regierung Erhard reagierte, indem sie zumindest wirtschaftliche Beziehungen und Handelsabkommen mit verschiedenen Ostblockstaaten abschloss, nicht jedoch mit der Sowjetunion und der DDR. In der oppositionellen SPD setzte zu dieser Zeit ein Umdenken ein, das unter dem Slogan „**Wandel durch Annäherung**“ (Egon Bahr) bekannt wurde und ab 1969 die sozialliberale Außenpolitik prägen sollte. Empfohlen wurde eine „Politik der kleinen Schritte“ gegenüber der DDR, um die **Einheit der Nation** aufrechtzuerhalten, wenn schon die politische Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt war.

Im Umgang mit der **ersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik** 1966/67 – zurückzuführen auf einen auslaufenden Konjunkturzyklus sowie die strukturelle Transformation des Ruhrgebiets durch die Umstellung vom Energieträger Kohle auf Öl – musste die Regierung Erhard ausgerechnet auf dem Gebiet ihrer Kernkompetenz Schwächen eingestehen. Dies zeigte sich u. a. bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1966, die eine deutliche Niederlage für die CDU brachte. Kurz darauf zerbrach die christlich-liberale Koalition an inneren Differenzen und machte erstmals einer **Großen Koalition** aus CDU/CSU und SPD Platz; Letztere war nun erstmals an einer Bundesregierung beteiligt.

Der neue Bundeskanzler **Kurt Georg Kiesinger** (CDU) nahm mit seinem Vize und Außenminister **Willy Brandt** (SPD) sofort Modernisierungsmaßnahmen in Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik in Angriff. Durch die überragende Mehrheit der Koalition im Bundestag konnte man nun Gesetzesvorhaben und Grundgesetzänderungen durchsetzen, für die eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigt wurde. So erhielt die Bundesrepublik 1968 eine **Notstandsgesetzgebung**, die Maßnahmen bei inneren und äußeren Krisen (u. a. Verteidigungsfall und Katastrophen), darunter die Einschränkung gewisser Grundrechte, beinhaltet und auf diese Weise weitere alliierte Vorrechte ablöste. Dieses Vorhaben stieß auf den erbitterten, jedoch erfolglosen Widerstand außerparlamentarischer Kräfte (v. a. Gewerkschaften, Studenten, Intellektuelle), die eine autoritäre Umgestaltung der demokratischen Verfassung fürchteten. Reformbedarf zeigte sich auch im Hinblick auf das **bürgerliche Recht** (BGB) und das **Strafrecht** (StGB): Manche Regelungen stammten noch aus dem Kaiserreich und waren mit dem liberalen Menschenbild einer modernen Demokratie nicht mehr vereinbar. Oft kamen entscheidende Anstöße vom Bundesverfassungsgericht, das die Unvereinbarkeit konkreter Normen mit den Werten des Grundgesetzes feststellte.

In der Wirtschaftspolitik bahnte Wirtschaftsminister Karl Schiller mit dem „**Stabilitätsgesetz**“ (1967) dem **Keynesianismus** den Weg: Um die Ziele des „**magischen Vierecks**“ zu erreichen (Wachstum, Preisstabilität, hohe Beschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht), darf der Staat in Krisenzeiten mehr Geld ausgeben (z. B. staatliche Investitionen und mehr Sozialleistungen) und „**Deficit Spending**“ (Verschuldungspolitik) betreiben. Allerdings sollte er diese Schulden in Zeiten der Hochkonjunktur wieder abbauen.

Außenpolitisch scheiterte die Große Koalition mit dem Versuch, politische Abkommen mit einzelnen Ostblockstaaten (jedoch nicht der DDR) abzuschließen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und auf diese Weise eine gewisse Entspannung einzuleiten, am **Veto Moskaus**: Der

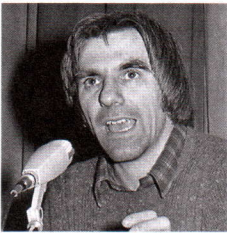


**Kurt Georg Kiesinger**  
(1904–1988): 1966–1969  
dritter Bundeskanzler der  
Bundesrepublik

Während sein Vizekanzler Willy Brandt in der NS-Zeit im politischen Exil gewesen war, stand Kiesinger wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft stark in der Kritik, v. a. bei der jungen Generation, die vehement die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit forderte.

**Keynesianismus:** wirtschaftspolitisches Konzept, nach dem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die entscheidende Größe für die wirtschaftliche Entwicklung ist und der Staat eine aktive Rolle übernehmen soll (benannt nach dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes)

**Außerparlamentarische Opposition:** Opposition, die außerhalb eines Parlaments stattfindet; v. a. Bezeichnung für die oppositionelle Bewegung 1966–1969, als es aufgrund der Großen Koalition keine nennenswerte Opposition im Bundestag gab



**Rudi Dutschke**  
(1940–1979)

sowjetische Parteichef Leonid Breschnew machte klar, dass eine Normalisierung der Ost-West-Beziehungen ohne die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze nicht zu haben sei. Als der Warschauer Pakt 1968 reformkommunistische Bestrebungen in der Tschechoslowakei („Prager Frühling“) mit Panzern niederschlug, wurde die **Breschnew-Doktrin** formuliert: Der Sozialismus in den Ländern des Ostblocks galt als unumkehrbare „historische Errungenschaft“, die notfalls sogar mit Waffengewalt verteidigt werden müsse.

Im Inneren der Bundesrepublik wurde die Große Koalition von einer Welle des Protests begleitet, die sich aus der **Außerparlamentarischen Opposition (APO)**, einer neuen Jugendkultur und v. a. den Universitäten und Schulen speiste. Die harte Reaktion des Staats auf Demonstrationen anlässlich eines Besuchs des Schahs von Persien 1967 in Westberlin, bei denen der Student **Benno Ohnesorg** getötet wurde, und das Attentat auf Studentenführer **Rudi Dutschke** 1968 wirkten als Initialzündungen für wütende Proteste der Jugend. Dabei richtete sich ihr Zorn nicht nur gegen den Staat, sondern auch gegen den Springer-Konzern und v. a. die BILD-Zeitung, die gegen die Studentenbewegung hetzte.

Insgesamt offenbarte sich in der **68er-Bewegung** ein tiefgreifender **Generationenkonflikt**, der mit dem bewussten Bruch der Regeln und Normen der Kriegs- und Aufbaugeneration einherging. Auch wurde die westdeutsche Jugend Teil einer **internationalen Jugendkultur**, die sich weltweit an denselben musikalischen Vorbildern orientierte, für die Werte „Love and Peace“ eintrat und gegen den Vietnamkrieg demonstrierte. In der Bundesrepublik kam der spezifische Verdacht gegenüber der Elterngeneration hinzu, die bis dahin an einer **Aufarbeitung der NS-Vergangenheit** sowie ihrer eigenen Verantwortung und Verstrickung in das NS-Regime nicht besonders interessiert gewesen war.

### info

#### Der Vietnamkrieg (ca. 1955–1975)

Nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft in Indochina (Vietnam, Kambodscha, Laos) 1954 standen sich im nun geteilten Vietnam der kommunistische Norden und der westlich orientierte Süden in einem Bürgerkrieg gegenüber. Während die USA Südvietnam unterstützten, standen die UdSSR und China aufseiten Nordvietnams und der Guerillatruppen des „Vietcong“ (= Nationale Front für die Befreiung Südvietnams). Als die Vereinigten Staaten ab 1964/65 auch militärisch in den Konflikt eingriffen, war es v. a. der Einsatz von Brandbomben (Napalm) und chemischen Entlaubungsmitteln, der weltweit für Entsetzen und Proteste sorgte. 1975 zogen die letzten amerikanischen Soldaten aus der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon ab; anschließend wurde Vietnam wiedervereint und ist bis heute ein kommunistischer Staat.

## 2 Republik im Wandel 1969–1982

### 2.1 Die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt

Nach der Bundestagswahl 1969 koalierte die FDP erstmals mit der SPD und erwies sich durch ihren Linksschwenk als parteipolitisches „Zünglein an der Waage“. Der Wechsel vom früheren Partner, der Union, hin zur SPD hatte sich schon im Frühjahr 1969 angekündigt, als die zwei Parteien Gustav Heinemann (SPD) gemeinsam zum Bundespräsidenten wählten. Die erste **sozialliberale Regierung** unter Bundeskanzler **Willy Brandt** (SPD) und Vizekanzler **Walter Scheel** (FDP) begann mit dem großen Versprechen „**Mehr Demokratie wagen!**“ und machte sich mit Elan daran, die Verkrustungen in der bisherigen Ostpolitik zu lösen und den innenpolitischen Reformstau u. a. in der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik abzubauen. Die CDU/CSU konnte sich dagegen nur schwer mit der für sie ungewohnten Oppositionsrolle abfinden.

**Bundespräsidenten** (bis 1989/90):

- 1949–1959: Theodor Heuss (FDP)
- 1959–1969: Heinrich Lübke (CDU)
- 1969–1974: Gustav Heinemann (SPD)
- 1974–1979: Walter Scheel (FDP)
- 1979–1984: Karl Carstens (CDU)
- 1984–1994: Richard von Weizsäcker (CDU)

#### biografie

##### Willy Brandt

Der Sozialdemokrat und Journalist Willy Brandt (eigentlich: Herbert Frahm) war früh politisch aktiv und musste die NS-Zeit im Exil in Norwegen und Schweden verbringen. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte ihn seine politische Karriere 1957–1966 ins Amt des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin. Nach zwei vergeblichen Kanzlerkandidaturen wurde er 1966 Vizekanzler und Außenminister der Regierung Kiesinger. 1969 wurde er mithilfe der FDP Bundeskanzler der Sozialliberalen Koalition, die sich unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen!“ ein anspruchsvolles Reformprogramm vornahm. Außenpolitisch steht Brandt für eine Politik der Entspannung gegenüber dem Osten, die in Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei mündete und erstmals die staatliche Existenz der DDR anerkannte. Für seine Bemühungen um eine Aussöhnung mit dem Osten, die 1970 in seinem Kniefall am Denkmal für die Toten des Warschauer Gettos einen symbolträchtigen Ausdruck fanden, erhielt er 1971 den Friedensnobelpreis. Brandts Kanzlerschaft endete abrupt 1974, als sein Mitarbeiter Günter Guillaume als DDR-Spion enttarnt wurde. Sein Rücktritt ist aber wohl u. a. auch der durch die Ölkrise verschlechterten wirtschaftlichen Lage und den engeren finanziellen Spielräumen geschuldet.



**Willy Brandt**  
(1913–1992): 1969–1974  
vierter Bundeskanzler der  
Bundesrepublik

#### Die Neue Ostpolitik

Maßgeblicher Architekt der **Ostverträge**, die die Neue Ostpolitik Anfang der 1970er-Jahre festhielten, war **Egon Bahr**, der ostpolitische Vordenker der SPD, der zuvor schon die Idee „Wandel durch Annäherung“ geprägt hatte. Gemäß seiner Überzeugung, dass der Schlüssel zur Lösung



**Vereinte Nationen**  
(United Nations): 1945  
gegründete internationale  
Organisation (Sitz in New  
York City), die sich v. a. für  
die Aufrechterhaltung des  
Friedens und Völkerrechts,  
den Schutz der Menschen-  
rechte sowie internationale  
Zusammenarbeit einsetzt

#### ZITAT

#### „Brief zur deutschen Einheit“ (hier an die DDR 1972)<sup>4</sup>

Im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

der deutschen Frage letztlich in Moskau zu finden sei, wurde mit dem **Moskauer Vertrag** 1970 das Muster für alle Ostverträge geschaffen. Er enthielt eine Gewaltverzichtserklärung, die Anerkennung des Status quo in Europa und ein Bekenntnis zu verstärkter Zusammenarbeit (u. a. in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur). Das Interesse der UdSSR bestand in der Anerkennung der territorialen Verschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie daran, von der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik zu profitieren. Diese wiederum strebte Beziehungen an, aus denen die Sowjetunion nicht ohne Verluste aussteigen könnte und die eine Erleichterung menschlicher Kontakte über die Grenzen des „Eisernen Vorhangs“ hinweg ermöglichen sollten. Dabei lehnte man aber eine **völkerrechtliche Anerkennung der DDR** nach wie vor ab, obwohl man faktisch davon ausging, dass es in absehbarer Zeit bei der staatlichen Teilung bleiben würde. Die Bundesregierung legte in diesem Sinne einen **„Brief zur deutschen Einheit“** vor, in dem sie betonte, dass die deutsche Frage weiter offen sei. Ende 1970 wurde der **Warschauer Vertrag** mit Polen, 1973 der **Prager Vertrag** mit der Tschechoslowakei geschlossen, mit ähnlichen Inhalten wie im Moskauer Vertrag. Im Prager Vertrag wurde zudem das „Münchener Abkommen“ von 1938 für nichtig erklärt. Im Zuge der Ostpolitik rückten die **deutsch-deutschen Beziehungen** in den Fokus. Nach Abkommen, die Reiseerleichterungen und bessere Besuchsmöglichkeiten mit sich brachten, unterzeichneten Bundesrepublik und DDR im Dezember 1972 den **Grundlagenvertrag**: Sie vereinbarten **„gutnachbarliche Beziehungen** auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ und Kooperation in unterschiedlichen Bereichen (u. a. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport). Ziel der Bundesregierung war, Kontakte zwischen Ost und West zu fördern und die Mauer „durchlässiger“ zu gestalten. Obwohl die Bundesrepublik erneut einen „Brief zur deutschen Einheit“ beilegte, wirkte der Grundlagenvertrag wie eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR. In der Folge nahmen viele Länder diplomatische Beziehungen mit der DDR auf, auch wurden die beiden deutschen Staaten 1973 Mitglieder der **Vereinten Nationen**.

## Vertragswerke 1970–1973

Vertrag	Inhalte
<b>Moskauer Vertrag</b> (Bundesrepublik, Sowjetunion) vom 12. August 1970	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewaltverzicht, friedliche Regelung von Konflikten</li> <li>• Achtung des territorialen Status quo in Europa</li> <li>• Unverletzlichkeit aller aktuellen Grenzen (darunter der deutsch-deutschen Grenze und der Oder-Neiße-Linie)</li> <li>• Vereinbarung zukünftiger Zusammenarbeit</li> </ul>
<b>Warschauer Vertrag</b> (Bundesrepublik, Polen) vom 7. Dezember 1970	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewaltverzicht und territoriale Integrität</li> <li>• Unverletzlichkeit und Achtung der gegenwärtigen Grenzen (darunter die Oder-Neiße-Linie)</li> <li>• Vereinbarung zukünftiger Zusammenarbeit</li> </ul>
<b>Viermächte-Abkommen über Berlin</b> (USA, Großbritannien, Frankreich, UdSSR) vom 3. September 1971	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewaltverzicht und friedliche Konfliktbewältigung in der Berlin-Frage</li> <li>• freier Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin</li> </ul>
Abkommen zwischen Bundesrepublik und DDR:	
<b>Transitabkommen</b> vom 17./20. Dezember 1971	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelung des Personen- und Güterreiseverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Westberlin</li> </ul>
<b>Verkehrsvertrag</b> vom 26. Mai 1972	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Reiseerleichterungen und Besuchsmöglichkeiten (v. a. von West nach Ost, in Ausnahmefällen von Ost nach West)</li> </ul>
<b>Grundlagenvertrag</b> vom 21. Dezember 1972	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vereinbarung „gutnachbarlicher Beziehungen“ und Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen</li> <li>• Anerkennung der Hoheitsgebiete und Unabhängigkeit beider Staaten, Unverletzlichkeit der Grenze</li> <li>• Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs aufseiten der Bundesrepublik</li> <li>• Einrichtung Ständiger Vertretungen</li> </ul>
<b>Prager Vertrag</b> (Bundesrepublik, Tschechoslowakei) vom 11. Dezember 1973	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewaltverzicht, keine Gebietsansprüche, Unverletzlichkeit der gemeinsamen Grenze</li> <li>• Nichtigkeit des „Münchener Abkommens“ von 1938</li> <li>• Vereinbarung zukünftiger Zusammenarbeit</li> </ul>

**Ständige Vertretung:**  
 Da die Bundesrepublik die DDR nicht völkerrechtlich anerkannte, wurden keine Botschaften, sondern „Ständige Vertretungen“ in den beiden Hauptstädten (Bonn bzw. Ostberlin) eingerichtet.

→ „Münchener Abkommen“ vgl. S. 217

Parallel zu den bilateralen Ostverträgen der Bundesrepublik verhandelten die vier Siegermächte das **Viermächte-Abkommen über Berlin**, das 1971 Sicherheitsgarantien für die Westsektoren und die Zugänge nach Westberlin festschrieb, was wiederum im Sinne der bundesdeutschen „Politik der kleinen Schritte“ **menschliche Erleichterungen** im innerdeutschen Verhältnis ermöglichte (z. B. durch Telefonate, Passierscheine, Besuchsregelungen, Sicherung der Transitwege). Somit waren die Ostverträge und das alliierte Viermächte-Abkommen **untrennbar miteinander verbunden**.

**Bundesverfassungsgericht:** Gericht mit Sitz in Karlsruhe, das über die Einhaltung des Grundgesetzes wacht und die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüft

Auch wenn die Ostverträge die Kontakte zwischen Ost und West intensivierten und die damalige **internationale Entspannungspolitik** förderten, konnten sie doch nicht alle Spannungen lösen, die allgemein mit dem Kalten Krieg oder mit jeweiligen bilateralen Interessenkonflikten verbunden waren. Innenpolitisch war die Außenpolitik der sozialliberalen Koalition **umstritten** und führte beinahe zum Sturz der Regierung: 1972 versuchte die von Oppositionsführer Rainer Barzel geleitete CDU, über ein konstruktives Misstrauensvotum an die Macht zu kommen, aber ohne Erfolg. Die anschließenden Neuwahlen (mit Rekordwahlbeteiligung: 91,1 %) wurden quasi zum Plebiszit über Brandts Ostpolitik; erstmals lag die SPD mit 45,8 % vor der CDU/CSU, sodass die sozialliberale Koalition weiterregieren konnte. 1973 reichte Bayern noch Klage beim **Bundesverfassungsgericht** gegen den Grundlagenvertrag ein, scheiterte jedoch: Das Gericht erklärte, dass das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes durch den Vertrag nicht verletzt werde.

### info

#### Die Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik

Heftiger Widerstand gegen die Ostverträge regte sich unter den Flüchtlingen und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs: Sie warfen der Bundesregierung vor, die Gebietsverluste von 1945 (u. a. die Territorien östlich der Oder-Neiße-Linie, das Sudetenland) anzuerkennen. Infolge der Kriegsniederlage hatten Millionen Menschen die deutschen Ostgebiete meist unter katastrophalen Bedingungen verlassen müssen. Ihr Neuanfang war schwierig; oft wurden sie von der einheimischen Bevölkerung als zusätzliche Belastung angesehen. In der Bundesrepublik war 1949–1969 das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ für diese Gruppe zuständig; Regelungen wie das Lastenausgleichsgesetz (1952) sollten gewisse Verluste entschädigen. Die Betroffenen organisierten sich in Verbänden, die sich 1958 im „Bund der Vertriebenen“ zusammenschlossen, und erhielten ihre Kultur aufrecht. 2008 rief der Bundestag die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ins Leben, um das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen aufzuarbeiten.

### Innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklungen

In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 kündigte Brandt den innenpolitischen Kurs der sozialliberalen Koalition an: „**Wir wollen mehr Demokratie wagen.**“ Die bundesdeutschen Bürger sollten mehr Möglichkeiten haben, sich politisch-gesellschaftlich einzubringen. Dieses Vorhaben führte u. a. zur Senkung der Volljährigkeit sowie des Wahlalters von 20 auf 18 Jahre, zu **Reformen** für mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich an Schulen und Universitäten (z. B. finanzielle Unterstützung im Rahmen des BAföG) und zu mehr betrieblicher Mit-

**BAföG** = Bundesausbildungsförderungsgesetz

bestimmung der Arbeitnehmer. Außerdem wurde der **Sozialstaat** deutlich ausgebaut; dabei wurden die staatlichen Sozialausgaben und die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer erhöht. Bis zum Bruch der sozialliberalen Koalition 1982 stieg die **Staatsverschuldung** etwa um das Vierfache. Einen großen Anteil an dieser Entwicklung hatte die weltweite **Ölkrise**, die sich ab 1973 besonders hart auf die Bundesrepublik auswirkte: Die Verknappung des Angebots durch die OPEC und der Anstieg des Rohölpreises traf das Land, als es gerade erst auf Erdöl als Hauptenergieträger umgestellt hatte. Die Konjunktur brach stark ein. Da die Zahl der Arbeitslosen in den folgenden Jahren auf über eine Million stieg, waren teure Sozialprojekte bald nicht mehr finanzierbar. Der Reformeifer der sozialliberalen Koalition kam noch aus weiteren Gründen ins Stocken: So fehlte dem Bund in der **Bildungspolitik** – im Rahmen des Föderalismus Sache der Bundesländer – oft die Zuständigkeit. Zudem musste sich die Regierung an die Urteile des **Bundesverfassungsgerichts** halten, z. B. bei der hitzig debattierten Reform des § 218 StGB, die das strikte Abtreibungsverbot lockern und Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der ersten drei Monate erlauben sollte. Diese Regelung wurde allerdings vom Bundesverfassungsgericht gestoppt.

## 2.2 Die sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt

Als im April 1974 Brandts persönlicher Referent, Günter Guillaume, als DDR-Spion enttarnt wurde, war das nur der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Brandt war bereits amtsüde und trat zurück. Der Bundestag wählte **Helmut Schmidt** (SPD) zu seinem Nachfolger. Dieser verkörperte einen Gegentyp zum charismatischen Willy Brandt und verstand sich als „leitender Angestellter“ der Republik. Bekannt war er besonders durch die Sturmflut 1962, als er sich in Hamburg als pragmatischer **Krisenmanager** erwiesen hatte. Während seiner achtjährigen Kanzlerschaft wurden er und seine sozialliberale Regierung wiederholt mit wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert.



1973 reagierte die **OPEC** (Organisation erdölexportierender Länder) auf den Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten, indem sie die Rohölförderung drosselte. Das knappere Angebot und die hohen Preise führten dazu, dass Benzin gespart werden musste. Die Bundesregierung ordnete u. a. vier autofreie Sonntage an, die z. B. für Fahrradtouren oder Camping auf der Autobahn genutzt wurden.



**Helmut Schmidt**  
(1918–2015): fünfter Bundeskanzler der Bundesrepublik

**Sturmflut 1962:** Flutkatastrophe an der Nordsee, von der die Stadt Hamburg (über die Elbe) besonders stark betroffen war

**Die Grünen:** 1980 gegründete Partei, die sich bis heute v. a. für Umweltthemen einsetzt; 1993 Vereinigung mit „Bündnis 90“ (= Zusammenschluss von DDR-Bürgerrechtsgruppen)

**Maoismus:** Ausprägung des Sozialismus, die sich auf den chinesischen Kommunistenführer Mao Zedong (vgl. S. 128) bezieht

**GSG 9:** Antiterrorereinheit des Bundesgrenzschutzes, die 1972 nach dem palästinensischen Attentat auf die israelische Mannschaft während der Olympischen Spiele in München gegründet wurde

### Neue Bewegungen und Herausforderung des Linksterrorismus

Auf dem Gebiet der Innenpolitik hatte die Republik in der Ära Schmidt mit gewaltigen Herausforderungen durch den **Linksterrorismus** der **Roten Armee Fraktion (RAF)** zu kämpfen, die schon während Brandts Regierungszeit Anschläge und Attentate verübt hatte.

In den 1970er-Jahren zerfiel die Studentenbewegung der 1960er-Jahre in verschiedene Richtungen: Es entstanden **neue Bewegungen**, die sich u. a. für Frauen, Homosexuelle, Minderheiten, Frieden, Abrüstung sowie Umweltschutz einsetzten und ab 1980 ihre politische Heimat oft in der Partei „**Die Grünen**“ fanden. Darüber hinaus kehrten viele Linke und Linkliberale auf ihrem „**Marsch durch die Institutionen**“ wieder zu den Sozialdemokraten zurück. Es gab aber auch extremistische sektiererische Splittergruppen, die sich am Maoismus und an stalinistischen Vorbildern (Sowjetunion, Albanien) orientierten. Eine kleine radikale Minderheit gab sich der Illusion hin, in der Bundesrepublik herrsche eine revolutionäre Lage, die einen bewaffneten Aufstand rechtfertige. Beim Anschlag auf zwei Kaufhäuser in Frankfurt a. M. 1968 trat mit **Andreas Baader und Gudrun Ensslin** der Kern der 1970 gegründeten RAF in Erscheinung. 1972 wurde die RAF-Führung verhaftet. Den Höhepunkt hatte der Linksterrorismus im „bleiernen“ oder „**Deutschen Herbst**“ 1977, als die „Zweite Generation“ – nach Mordanschlägen auf Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft – Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer als Geisel nahm, um die inhaftierte RAF-Spitze freizupressen.

Unterstützt wurde sie von palästinensischen Terroristen, die die Lufthansa-Maschine „Landshut“ entführten. Die Regierung Schmidt erwies sich allerdings als nicht erpressbar, zumal es der GSG 9 gelang, die Flugzeugentführung in Mogadischu/Somalia zu beenden. Daraufhin wurde Schleyer ermordet, die noch lebenden RAF-Mitglieder (Baader, Ensslin, Raspe) brachten sich in der Haft um. Die RAF arbeitete zwar in der „Zweiten und Dritten“ Generation im Untergrund weiter, unterstützt durch die DDR, erlangte aber nie mehr die gleiche Bedeutung.



„Anarchistische Gewalttäter – Baader/Meinhof-Bande“: Fahndungsplakate dieser Art warnten die Bevölkerung vor der RAF. Die Führungsriege um Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Holger Meins und Jan-Carl Raspe war ab 1972 in Stuttgart-Stammheim inhaftiert.

### Herausforderungen durch den Kalten Krieg

Eine große außenpolitische Bewährungsprobe war der um 1980 beginnende „**zweite Kalte Krieg**“, der erneut für große internationale Spannungen zwischen den beiden Blöcken sorgte. Ausgelöst wurde er durch

den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 und die Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckenwaffen in Osteuropa. Obwohl die Hochrüstung auch in Zeiten der Entspannungspolitik nie beendet, sondern nur begrenzt worden war, wurden die SS-20-Raketen der UdSSR nun als Gefahr von neuer Qualität empfunden. Dieser Bedrohung wollte die NATO eigene Waffen entgegensetzen (Pershing II, Cruise-Missiles). Mit dem **NATO-Doppelbeschluss von 1979**, der maßgeblich von Schmidt initiiert wurde, signalisierte man dem Warschauer Pakt, dass man die eigene Verteidigung stärken wolle, aber noch immer verhandlungsbereit sei. Diese außenpolitische Entwicklung hatte entscheidende innenpolitische Folgen: In dem Maße, wie Schmidt seine internationale Reputation stärkte, vergrößerte sich die Ablehnung, die ihm vom linken Flügel der SPD und der Friedensbewegung entgegenschlug. Während Schmidts Kanzlerschaft gab es jedoch auch eine weitere Annäherung zwischen Ost und West. So wurde 1975 die **KSZE-Schlussakte von Helsinki** unterzeichnet, in der sich die teilnehmenden Staaten u. a. für Gewaltverzicht, friedliche Konfliktlösung, die Achtung der Menschenrechte und internationale Kooperation aussprachen.

1979–1989 griff die UdSSR zugunsten der kommunistischen Regierung, die 1978 durch einen Staatsstreich an die Macht gelangt war, in den **afghanischen Bürgerkrieg** ein. Die Gegenseite – islamistische Rebellengruppen – wurde u. a. von den USA unterstützt.

**KSZE** = Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: ab 1973 Verhandlungen zwischen fast allen europäischen Staaten, den USA, Kanada und der Sowjetunion

### Wirtschaftliche Herausforderungen

Die bereits unter der Regierung Brandt vorhandenen wirtschaftlichen Probleme, die durch die **zweite Ölkrise** 1979 noch verstärkt wurden, waren mit den Mitteln des Stabilitätsgesetzes von 1967 nicht zu lösen: gleichzeitig Stagnation und Inflation („**Stagflation**“), die Auswirkungen einer internationalen Schuldenkrise und eine strukturell bedingte Sockelarbeitslosigkeit, die trotz konjunktureller Aufschwünge stieg. An neue Verschuldungsprogramme im Sinne des Keynesianismus war angesichts der hohen Zinsen nicht mehr zu denken. Es zeigte sich: Der Staat hatte über seine Verhältnisse gelebt. Der Umgang mit der wirtschaftlichen Krise führte zu Differenzen in der Regierung, die 1982 maßgeblichen Anteil am **Bruch der sozialliberalen Koalition** haben sollten: Die FDP, die mit Otto Graf Lambsdorff den Bundeswirtschaftsminister stellte, schwenkte um zum **Neoliberalismus** und forderte eine Abkehr von „Anspruchsmoralität“ und zu hohen Sozialausgaben.

Auf europäischer Ebene initiierte die Bundesregierung – nach dem Zusammenbruch der Internationalen Währungsordnung von Bretton Woods 1973 – zusammen mit Frankreich das **Europäische Währungssystem** (EWS, 1979) mit einem Wechselkursmechanismus, der die Schwankung der europäischen Währungen zueinander begrenzte. In dieser Maßnahme kann man den Vorläufer des Euro-Systems sehen.

**Sockelarbeitslosigkeit:** Anteil derjenigen Arbeitslosen, die selbst im Falle eines wirtschaftlichen Aufschwungs keine Beschäftigung finden

→ **Neoliberalismus**  
vgl. S. 270

→ **Bretton Woods, Europäisches Währungssystem** vgl. S. 306

### 2.3 Zwischenfazit zu den Sozialliberalen Koalitionen

Insgesamt konnten die sozialliberalen Regierungen viele **notwendige** innen- und außenpolitische **Initiativen** anstoßen. Sie wurden allerdings auch mit einigen Herausforderungen konfrontiert, von denen manche gut bewältigt wurden, andere aber mit bisherigen Mitteln nicht zu lösen waren. Im Hinblick auf die deutsche Frage setzte Schmidt die **brandtsche Ostpolitik** mit weniger Pathos und geringeren Erwartungen fort, sodass ein gewisses Bewusstsein der nationalen Einheit zwar erhalten blieb, eine politische Wiedervereinigung jedoch nicht mehr ernsthaft erwartet wurde. Zu Beginn der 1980er-Jahre schienen die **Blöcke** in Ost und West vollkommen und dauerhaft **verhärtet** zu sein.

## 3 Von der konservativen Wende bis zur unverhofften Einheit 1982–1989/90



**Hans-Dietrich Genscher**  
(1927–2016): 1969–1974  
Bundesinnenminister,  
1974–1992 Bundesaußen-  
minister und Vizekanzler

Im Herbst 1989 kam es zum ersten erfolgreichen **konstruktiven Misstrauensvotum** in der Geschichte der Bundesrepublik: Dabei fiel die FDP unter **Hans-Dietrich Genscher** endgültig von der sozialliberalen Koalition und Schmidt ab und wandte sich der CDU/CSU zu. Allerdings versprach der Sieger des Misstrauensvotums, der CDU-Vorsitzende **Helmut Kohl**, sich durch eine Bundestagswahl legitimieren zu lassen und stellte dem Bundestag die „**Vertrauensfrage**“. Da sich die Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP absichtlich enthielt, verlor Kohl das Votum, was nach Art. 68 GG den Weg für Neuwahlen eröffnete. Die Regierung Kohl–Genscher, die die Bundestagswahlen 1983 deutlich gewann, trat mit dem großen Anspruch an, eine „**geistig moralische Wende**“ in der bundesrepublikanischen Politik herbeizuführen.



**Helmut Kohl**  
(1930–2017): sechster  
Bundeskanzler der  
Bundesrepublik

### Wirtschaftliche Entwicklung

Ausgangspunkte des Erneuerungsversuches waren die durch die zweite Ölkrise bedingte tiefe **Rezession** und die Orientierung an der aus dem angelsächsischen Bereich (v. a. Milton Friedman) stammenden Lehre des **Neoliberalismus** – eine Wiederbelebung/Weiterentwicklung früherer wirtschaftsliberaler Ideen, die sich für freie Marktwirtschaft mit geringen Eingriffen des Staats und größeren Freiräumen für die Wirtschaft aussprach. Diese Theorie sah im Keynesianismus, der Stärkung der Nachfrage und großen staatlichen Investitionen nicht die Lösung, im Gegenteil: Der gestiegene Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt (Staatsquote)

verdränge private Investitionen und vergrößere Bürokratie und Staatsverschuldung, ohne für nachhaltiges Wachstum zu sorgen. Stattdessen sollten die **Bedingungen für die Angebotsseite** so verbessert werden, dass die Unternehmen wieder selbst tätig werden und investieren würden. Im Programm der CDU von 1981 hieß es dazu: „Freiheit und soziale Gerechtigkeit können nicht durch eine wachsende Staatsquote und eine immer höhere Staatsverschuldung, sondern nur durch praktizierte Solidarität und Subsidiarität dauerhaft verwirklicht werden.“<sup>5</sup> Tatsächlich reduzierte sich die bundesdeutsche Staatsquote in den 1980er-Jahren, allerdings nicht so stark wie in Großbritannien, dem neoliberalen Vorreiter. Mit der Wiedervereinigung 1990 und den damit einhergehenden gigantischen neuen Aufgaben wurden diese Sparvorsätze aber hinfällig.

**Subsidiarität:** Laut dem Subsidiaritätsprinzip sollen Organe auf den höheren staatlichen Ebenen (nur) dann eingreifen, wenn eine Angelegenheit auf niedrigerer Ebene nicht (gut/ausreichend) umgesetzt werden kann

### Innen- und parteipolitische Krise

Das innenpolitische Klima und das Vertrauen in die Parteien wurden in den 1980er-Jahren durch eine große **Parteispendenaffäre** erschüttert, von der CDU, CSU, FDP und SPD betroffen waren: Es ging um enorme finanzielle Zuwendungen des Flick-Konzerns an Parteien und Politiker mit dem Ziel, steuerliche Privilegien zu erhalten. Der Skandal und Kohls Krisenmanagement, das auf Vertuschung und den Schutz der Beteiligten hinauslief, sorgten für große Empörung, brachten die Politik allgemein in den Verdacht der Käuflichkeit und widersprachen dem moralischen Erneuerungsanspruch der christlich-liberalen Koalition.

### Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik

In der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik setzte die schwarz-gelbe Regierung Schmidts pragmatischen Kurs auf Basis der Ostverträge fort. Gerade in diesem Politikfeld sah sie sich aber mit massiven Protesten der immer stärker werdenden **Umwelt- und Friedensbewegung** konfrontiert: Es waren v. a. das Festhalten am **NATO-Doppelbeschluss** und die damit verbundene Stationierung neuer US-amerikanischer Atomwaffen ab 1983 in Süddeutschland, die von Kohl beträchtliches Durchhaltevermögen verlangten.

Während Willy Brandt die DDR als erster Bundeskanzler besucht hatte, war es Helmut Kohl, der mit **Erich Honecker** den ersten SED-Partei-**chef zum Staatsbesuch** empfing und damit 1987 durchaus zur Aufwertung der DDR beitrug. Außerdem gewährte die Bundesrepublik dem ökonomisch stark geschwächten Ostdeutschland 1983/84 zwei **Milliardenkredite**, vermittelt durch Franz Josef Strauß, der eigentlich für seine harte Sicht auf die Ostpolitik bekannt war. Diese Unterstützung,



**Franz Josef Strauß** (1915–1988): 1953–1969 verschiedene Bundesministerposten (u. a. Atomfragen, Verteidigung, Finanzen), 1978–1988 bayerischer Ministerpräsident, 1980 Kanzlerkandidat der CDU/CSU

**Solidarność** (poln. = „Solidarität“): 1980 in Polen im Zuge der Streikbewegung entstandene freie Gewerkschaft, die 1989 (unter ihrem Vorsitzenden Lech Wałęsa) den Umbruch in Polen entscheidend mitgestaltete

**Gerontokratie** = „Herrschaft der Alten“: Gemeint sind hier Gorbatschows Vorgänger Leonid Breschnew, Juri Andropow und Konstantin Tschernenko, die 1982–1985 relativ kurz hintereinander starben.



**Mikhail Gorbatschow** (\*1931) wurde 1985 KPdSU-Generalsekretär und leitete den politischen Wandel im Ostblock ein, den er selbst nur bis zu seinem Sturz 1991 begleiten konnte. Kohl lernte er 1988 beim Besuch des Bundeskanzlers kennen; die beiden Staatsmänner schätzten sich sehr, was sich bei der Wiedervereinigung 1990 als wichtig erweisen sollte. 1990 erhielt er für seinen Beitrag zur friedlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West den Friedensnobelpreis.

die den Zusammenbruch der DDR verzögerte, schien nicht mit der sonstigen Rhetorik der Bundesrepublik vereinbar zu sein, die die DDR v. a. wegen der Verstöße gegen die Grund- und Menschenrechte öffentlich **scharf kritisierte**: So sprach Kohl z. B. im Wahlkampf 1987 davon, dass die DDR politische Häftlinge in Konzentrationslagern festhalte. Zu dieser strikten Haltung passt allerdings, dass die Gelder mit Gegenleistungen des SED-Regimes verbunden waren (z. B. menschliche Erleichterungen; Abbau von Grenzbefestigungen, v. a. der Selbstschussanlagen).

Neue Herausforderungen, aber auch unerwartete Möglichkeiten eröffneten sich für die westdeutsche Außen- und Deutschlandpolitik durch die **Veränderungen im Ostblock**. Dort zeigte sich zu Beginn der 1980er-Jahre – ausgehend von den Streiks der polnischen **Solidarność** – zunehmende Unzufriedenheit mit den erstarrten politischen Verhältnissen und der unproduktiven Planwirtschaft, was in Polen 1981 zur Ausrufung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski führte. In der DDR reagierten oppositionelle Kreise zuerst verhalten, nachdem in den 1970er-Jahren prominente Kritiker und Intellektuelle ausgewiesen bzw. verhaftet worden waren. Auftrieb und wichtige Impulse erhielt die **Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung** dann jedoch durch die Veränderungen in Moskau: Dort kam 1985 mit **Michail Gorbatschow** ein relativ junger, reformbereiter Politiker an die Macht, was die alte Gerontokratie im KPdSU-Politbüro beendete. Gorbatschow war davon überzeugt, dass das sozialistische System dringend reformiert werden müsse, um überlebensfähig zu sein. „**Glasnost**“ (Offenheit) und „**Perestroika**“ (Umgestaltung) waren die Formeln, mit denen er die Reformen in der Sowjetunion umschrieb und die sich als Slogans nicht nur im Ostblock verbreiteten.

### Die Bundesrepublik und die deutsche Einheit

Trotz dieser Entwicklungen war die Bundesregierung überrascht, wie schnell sich 1989 die Lage veränderte. Als im Herbst 1989 die **deutsche Frage** plötzlich wieder auf der Tagesordnung stand, erkannten und nutzten Kohl und Genscher die historische Gelegenheit, um der ökonomisch schwachen Sowjetunion die Zustimmung zur Wiedervereinigung mit der DDR abzuhandeln. Die Nachricht von der **Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989** erreichte Kohl beim Staatsbesuch in Warschau. Auch in der Bundesrepublik lösten die Ereignisse in der DDR große Emotionen aus, nachdem

man sich jahrzehntelang in der Teilung eingerichtet hatte. Kohl reagierte, indem er am 28. November 1989 im Bundestag ein „**Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas**“ vorstellte: Ziel war es, die deutsche Einheit im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses (u. a. Konföderation der beiden deutschen Staaten) zu erreichen und die Wiedervereinigung eng in die gesamteuropäische Entwicklung einzubetten.

#### Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 vor dem Bundestag<sup>6</sup>

Meine Damen und Herren, es eröffnen sich Chancen für die Überwindung der Teilung Europas und damit auch unseres Vaterlandes. Die Deutschen, die jetzt im Geist der Freiheit wieder zusammenfinden, werden niemals eine Bedrohung sein. Vielmehr werden sie – davon bin ich überzeugt – ein Gewinn für das immer mehr zusammenwachsende Europa sein.

ZITAT

Bald schon war aber klar, dass ein langsamer Wiedervereinigungsprozess nicht möglich sein würde, da sich die Bevölkerung der DDR nicht mehr vertrösten ließ und massenhaft in den Westen abwanderte. Vor diesem Hintergrund setzte in der Bundesrepublik eine **intensive Debatte um das Grundgesetz** ein: Dabei vertraten manche Verfassungsrechtler die Meinung, es sei an der Zeit, das „Provisorium Grundgesetz“ zu beenden und im Zuge einer deutschen Wiedervereinigung eine neue Verfassung gemäß **Art. 146 GG** zu schaffen. Eine solche „Neugründung“ hätte den Vorteil höchster Legitimität gehabt, da man die Verfassung dem ganzen deutschen Volk zur Abstimmung hätte vorlegen, also anders als 1949 ein Verfassungsreferendum hätte abhalten können. Andere sahen diesen Weg jedoch als nicht zielführend an, zumal man sich zunehmend unter Zeitdruck glaubte: Man befürchtete damals, dass sich das „**window of opportunity**“ für die deutsche Einheit schnell wieder schließen könnte. Der Weg über einen **Beitritt der DDR** in Form von fünf neuen Bundesländern gemäß **Art. 23 GG** schien deshalb die praktikablere Lösung zu sein. Man gab zudem zu bedenken, dass sich das Grundgesetz seit 1949 im politischen Alltag und in Krisenzeiten grundsätzlich bewährt und die Rechtsprechung (v. a. des Verfassungsgerichts) aus ihm eine funktionierende, lebendige und akzeptierte Verfassung gemacht habe – Eigenschaften, die eine Neuschöpfung erst noch unter Beweis stellen müsste. Da sich bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 eine deutliche Mehrheit der DDR-Bevölkerung für einen **schnellen Beitritt zur Bundesrepublik** aussprach, wurde zwischen beiden deutschen Staaten erst die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Mai 1990) ausgehandelt,

→ **Prozess der deutschen Wiedervereinigung** vgl. S. 291 ff.

bevor der „Einigungsvertrag“ im August 1990 den **Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes** festhielt. Die Wiedervereinigung wurde also nach Art. 23 GG durchgeführt; der Artikel selbst wurde 1992 komplett umgestaltet und erteilte der „neuen“ Bundesrepublik den Auftrag zur **Verwirklichung der Europäischen Union**. Hiermit zeigte man, dass das geeinte, von vielen Europäern misstrauisch beäugte Deutschland bereit war, sich in den Dienst einer größeren Sache zu stellen und seine politischen Ambitionen selbst zu begrenzen.

ZITAT

**Artikel 23 und 146 GG des Grundgesetzes<sup>7</sup>**

**Artikel 23 (Fassung 1949):** Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

**Artikel 23 (heutige Fassung):** (1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet.

**Artikel 146 (1949, heutige Fassung in Klammern):** Dieses Grundgesetz[, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt,] verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

## 4 Zusammenfassung und Bilanz

Eine **Bilanz der Bundesrepublik** von ihrer Gründung 1949 über die Souveränitätserklärung der Pariser Verträge 1954/55 bis zur Wiedervereinigung 1989/90 fällt gemischt aus und unterliegt selbstverständlich auch subjektiven Wertungen. Trotzdem können einige wesentliche Aspekte festgehalten werden: Grundsätzlich stellten der schnelle **Wiederaufbau** des zerstörten Landes und die Integration von ca. 10 Millionen **Flüchtlingen und Vertriebenen** in die westdeutsche Gesellschaft eine große Leistung der Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik dar, obwohl es eine wirkliche „Stunde Null“ nie gegeben hat. Das „**Wirt-**

→ 1945 als „Stunde Null“? vgl. S. 238

**schaftswunder**“, das eng mit der **Sozialen Marktwirtschaft** verbunden war, und der allgemein steigende Wohlstand sorgten dafür, dass die westdeutsche Bevölkerung die demokratische Staatsform rasch akzeptierte. Das auch als „**Rheinischer Kapitalismus**“ bezeichnete Wirtschaftsmodell brachte zwar nicht, wie versprochen, „Wohlstand für alle“, ermöglichte aber den meisten Bürgerinnen und Bürgern eine erhebliche Anhebung ihres Lebensstandards. Starke Gewerkschaften (z. B. IG-Metall) und mächtige Arbeitgeberverbände (z. B. BDI) sorgten zusammen mit dem ausgeprägten **Sozialstaat** (u. a. Sozialversicherungen, sozialer Wohnungsbau) für ein hohes Maß an **wirtschaftlich-sozialem Frieden**. Aufgrund des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs wurden seit den 1950er-Jahren **Gastarbeiter** ins Land geholt, deren Lage und Integration erst spät als Gestaltungsaufgabe der Politik angesehen wurde. Diese Herausforderung besteht bis heute, da Deutschland mittlerweile zu den beliebtesten Einwanderungsländern weltweit gehört.

Im verfassungsrechtlich-politischen Bereich bewiesen das **Grundgesetz** und das **parlamentarische System** ihre **Funktionsfähigkeit**, indem sie regelmäßige Wahlen, Regierungswechsel, unterschiedliche Koalitionen und die inhaltliche Umorientierung der Politik auf neue Herausforderungen und Themenfelder (z. B. Ökologie, Frauenemanzipation) ermöglichten, obwohl die praktische Umsetzung vieler Grundsätze häufig schleppend voranging. Auch in Krisenzeiten erwies sich die neue Demokratie den Herausforderungen gewachsen. Ein Problem blieb der Föderalismus, der z. B. im Bildungsbereich einen Flickenteppich an Zuständigkeiten und Systemen hervorbrachte. In gesellschaftlicher Hinsicht kam es zu einem Wandel von den **materiellen Werten** der „Wirtschaftswunder“-Zeit zu den **postmateriellen Werten** der Dienstleistungsgesellschaft („Silent Revolution“), der durch die Außerparlamentarische Opposition, die „68er“-Generation und die sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre angestoßen wurde. Dies führte nicht nur zu einem veränderten Freizeit-, Konsum- und Erziehungsverhalten, sondern begünstigte auch die Entstehung einer selbstbewussten Zivilgesellschaft, die sich vermehrt in Vereinen und Bürgerinitiativen organisierte. Eine große politisch-gesellschaftliche Herausforderung ist – bis heute – die **Aufarbeitung der NS-Vergangenheit**. Zuerst musste die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in einem anfangs noch zerstörten, stark traumatisierten Land gegen zähe Widerstände durchgesetzt werden, wurde dann jedoch mit dem Generationenwechsel der 1960er-/1970er-Jahre vorangetrieben und als dringend notwendige moralische Verantwortung betrachtet. Mit der NS-Vergangenheit (v. a. Holocaust/Shoa) verbunden sind die bis heute besonderen Beziehungen Deutschlands zu **Israel**.

**IG-Metall** = Industriegewerkschaft Metall: bis heute größte Gewerkschaft der Bundesrepublik und weltweit größte Arbeitnehmervertretung

**BDI** = Bundesverband der Deutschen Industrie: Arbeitgeberverband, der Unternehmen im industriellen Sektor abdeckt

Das 1949 eingeführte politische System gilt seit 1990 auch für das Gebiet der ehemaligen DDR und existiert (mit Veränderungen) im Wesentlichen bis heute.



Lernvideo: **Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland**

Zu den Beziehungen zu **Israel** sagte Bundeskanzlerin Merkel 2008 in einer Rede vor dem israelischen Parlament (Knesset): „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung [...] ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“<sup>8</sup>

Die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik war aufgrund der **Kriegsniederlage 1945** und der staatlichen **Teilung ab 1949** eng mit den Entwicklungen des Kalten Kriegs und der Politik der vier Siegermächte verknüpft. Konzentrierte sich die Regierung Adenauer auf die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis und die Wiedererlangung von Stärke und Souveränität, öffnete die sozialliberale Koalition im Rahmen ihrer Neuen Ostpolitik den Weg gen Osten. Hiermit verbunden war stets die Frage, wie man die Beziehung zum ostdeutschen Teilstaat, der DDR, gestalten, den **Gedanken einer deutschen Einheit** aufrechterhalten und die Folgen der Teilung möglichst erträglich gestalten sollte.

1989/90 eröffnete sich aber plötzlich die historische Chance, auf friedlichem Wege die Wiedervereinigung zu erreichen. Mit der staatsrechtlichen Vollendung der **Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990** und dem Ende des Kalten Kriegs 1989–1991 begann für die Bundesrepublik ein weiterer Abschnitt in ihrer Geschichte, mit neuen Herausforderungen und Protagonisten.



Zwei Bilder, die Geschichte machten und wichtige Stationen der bundesdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik zeigen: Willy Brandt kniete 1970 in Warschau vor dem Denkmal des Aufstands im Warschauer Getto nieder, um den Opfern seinen Respekt zu erweisen. 1990 feierten führende Vertreter der deutsch-deutschen Politik die Wiedervereinigung, darunter Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl, Richard von Weizsäcker und Lothar de Maizière (→ Deutsche Wiedervereinigung, vgl. S. 291 ff.).